

Historisches Quartett con fuoco

Im Vorfeld des 60. Jahrestags der Befreiung von der Nazi-Diktatur laden mehrere saarländische Bildungseinrichtungen zu einem Historischen Quartett über die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit. Stargast ist der Historiker Götz Aly, Autor des Buches "Hitlers Volksstaat". Seine These, die Nazis hätten sich die Gunst der Deutschen erkaufte, indem sie Juden und eroberte Länder ausbeuteten, hat für heftige Reaktionen gesorgt. An der Diskussion werden außerdem die Historiker Edgar Wolfrum und Burkhard Jellonek sowie der Journalist Thomas Bimesdörfer teilnehmen.

Termin: 27. April, 20 Uhr, im Rathaus-Festsaal Saarbrücken, Eintritt frei. Am 8. Mai wird die Diskussion vom Sender SR2 ausgestrahlt.

Hausmeister, Meister im Sparen

In öffentlichen Gebäuden lassen sich ohne große Investitionen zehn bis 15 Prozent des Energieverbrauchs einsparen, so die Umweltberodung Lëtzebuerg. Dies sei nicht nur ein Beitrag zum Klima- und Ressourcenschutz, sondern auch zur Kostensenkung. Um den Hausmeistern das nötige technische Wissen zu vermitteln, veranstaltet die Umweltberodung am 28. April ein Seminar. Dabei geht es unter anderem um die Senkung des Verbrauchs für Beleuchtung, elektrische Geräte, Raumheizung und Brauchwarmwasserbereitung. Auch die richtige Lüftung von Räumen und Gebäuden ist Thema.

Anmeldung unter Tel.: 478 68 31, Fax: 478 68 41, Email: info@ebl.lu

Gläserne WählerInnen

"Im gegenwärtig stattfindenden englischen Wahlkampf werden immer mehr Verbraucherdaten dazu benutzt, die Beeinflussung der Wähler zu optimieren", warnt die Verbraucher-Initiative (www.verbraucher.org). Dabei würden Methoden aus dem US-Wahlkampf angewendet, um die politische Einstellung und die Einflussmöglichkeiten zu bestimmen. Volvo-FahrerInnen und Brandy-TrinkerInnen zum Beispiel wählten typischerweise die Demokraten, so die Verbraucher-Initiative weiter. Die NGO rät davon ab, persönliche Verbraucherdaten preiszugeben zum Beispiel über Kundenkarten, Gewinnspiele oder Telefonmarketing, denn: "Wo Daten gesammelt werden, werden sie irgendwann auch einmal missbraucht."

Tsunami et dette

Chez les militant-e-s du Comité pour l'annulation de la dette du Tiers-Monde, les images du tsunami de décembre 2004 ont provoqué une réaction empreinte à la fois d'infini respect pour les victimes et de colère devant l'absence de réponse à la hauteur de l'événement. En effet, le lien entre l'ampleur de la catastrophe et la problématique de la dette leur paraissait évident. Pour contrer "les ressorts et les impératifs de la société du spectacle qui font trop souvent loi", ils ont rassemblé quelques clés de compréhension dans un livre, afin de pouvoir prendre la mesure de la catastrophe - et d'en empêcher d'autres.

"Les Tsunamis de la dette", Damien Millet et Eric Toussaint, éditions CADTM & Syllepse, 2005.

Gewalt in der Schule

Die Monatszeitschrift Forum widmet sich in ihrer aktuellen Ausgabe Nr.245 dem Thema "Gewalt im Umfeld der Schule". Darin versuchen die AutorInnen, das oftmals hochgespielte Problem zu objektivieren. Unter anderem verdeutlicht ein Interview mit Vicky Krieps, dass Gewalt in der Schule auch vom Verhältnis zwischen Lehrer und Schüler ausgehen kann. Forum Nr. 245 beinhaltet darüber hinaus noch ein Interview mit der ehemaligen Ministerin Erna Hennicot-Schoepges zur Gründungsphase der Universität Luxemburg. Ein Gespräch mit dem Direktor des "Neie Lycée" und Beiträge zur Europäischen Verfassung, zum Softwarepatent sowie zu Literatur und Kino in Luxemburg runden das Heft ab.

Forum Nr. 245 kann bestellt werden unter Tel. 42 44 88.

CHINA

Unterdrückung der Uiguren



Traditionspflege bei in die USA ausgewanderten Uiguren. In China wurde laut HRW-Bericht einem uigurischen Lehrer verboten, musikalische Tradition zu unterrichten, weil er auch über religiöse Lieder sprach. (Foto: Tughluk A. Osman, www.meshrep.com)

Unter dem Vorwand von Anti-Separatismus und Terrorismusbekämpfung sind im Westen Chinas Moslems religiöser Repression ausgesetzt, so ein Bericht von Human Rights Watch.

"Der weltweite Krieg gegen den Terrorismus lieferte Peking einen fadenscheinigen Grund, härter denn je in Xinjiang durchzugreifen", erklärte Brad Adams, Leiter der Asien-Abteilung von Human Rights Watch. "In anderen Teilen Chinas verfügen die Menschen über etwas mehr Religionsfreiheit. Doch die Situation in Xinjiang ist der in Tibet nicht unähnlich, wo der chinesische Staat versucht, eine Religion umzugestalten, um so eine ethnische Minderheit zu kontrollieren." (...)

Die Heimat der Uiguren ist die östliche, autonome Region Xinjiang Uigur im Nordwesten Chinas. Circa acht Millionen Menschen gehören dieser türkischsprachigen Volksgruppe an. Doch angesichts der Ansiedlung von mehr als 1,2 Millionen Chinesen in den vergangenen zehn Jahren fürchten die Uiguren zusehends um ihre traditionelle Lebensweise. Viele Uiguren möchten größere Autonomie und manche wollen einen unabhängigen Staat. Aber derzeit gibt es wenig Anzeichen für eine gewalttätige Rebellion.

Intensive Kontrolle erstreckt sich auf organisierte religiöse Aktivitäten, religiöse Würdenträger, Schulen, kulturelle Institutionen und Verlage. Sogar das individuelle Erscheinungsbild von uigurischen Privatpersonen wird kontrolliert. Staatliche Behörden überprüfen regelmäßig alle Imams und verlangen so genannte "Sitzungen zur Selbstkritik". Sie überwachen Moscheen und entfernen religiöse Lehrer und Studenten aus Schulen. Be-

amte zensieren Literatur und Gedichte im Hinblick auf politische Anspielungen. Die Kontrollbehörden setzen jeden Ausdruck von Unzufriedenheit mit Pekings Politik mit "Separatismus" gleich, was nach chinesischem Recht ein Verbrechen gegen die Staatssicherheit darstellt und die Todesstrafe zur Folge haben kann.

In Extremfällen werden friedliche Aktivisten verhaftet, gefoltert und manchmal sogar hingerichtet. Der Grund dafür: Sie üben ihre Religion auf eine Weise aus, die nach Meinung der Partei und der Regierung nicht akzeptabel ist. Am härtesten werden jene bestraft, die an so genannten "separatistischen Aktivitäten" beteiligt waren. Aktivitäten, die offizielle Stellen gegenüber dem In- wie auch dem Ausland immer häufiger als "Terrorismus" bezeichnen.

In ihrem Alltagsleben sehen sich die Uiguren vermehrt Schikanen ausgesetzt. In den staatlichen Institutionen, einschließlich der Schulen sind das Einhalten religiöser Feiertage, das Studieren religiöser Texte oder das Zeigen religiöser Einstellung durch das äußere Erscheinungsbild streng verboten. Die chinesische Regierung kontrolliert, wer ein Geistlicher sein darf, welche Version des Korans akzeptabel ist, welche religiösen Versammlungen abgehalten werden dürfen und was gesagt werden darf.

"Die Uiguren werden von Peking als ethnisch-nationalistische Bedrohung für den chinesischen Staat empfunden", erklär-

te Sharon Hom, Geschäftsführer von Human Rights in China. "Da der Islam als Hauptmerkmal der uigurischen Identität gilt, hat China drakonische Maßnahmen getroffen, um die Religion zu unterdrücken. Man will damit das nationalistische Empfinden der Uiguren eindämmen."

Dokumente und Interviews, die Human Rights Watch und Human Rights in China erhalten beziehungsweise geführt hat, beweisen das mehrstufige Überwachungs-, Kontroll- und Unterdrückungssystem, das gegen die religiösen Aktivitäten der Uiguren im Einsatz ist. (...)

Der Bericht legt zudem dar, wie China die Ereignisse vom 11. September 2001 und den nachfolgenden "Krieg gegen den Terrorismus" als Vorwand für sein Vorgehen gegen die Uiguren instrumentalisiert. Obwohl es in Xinjiang religiöse Unterdrückung auch schon vor dem 11. September gab, behauptet die Regierung nun, dass sie sich einer islamistisch inspirierten Abspaltungsbewegung gegenüber sehe. Eine Bewegung, die in Verbindung mit internationalen terroristischen Gruppen und der Al Kaida stehe. Peking unterscheidet jedoch nicht zwischen gewalttätigen Handlungen und friedlicher Meinungsabweichung und schadet dadurch seiner Glaubwürdigkeit. Und es klingt wie aus einem Roman von George Orwell, wenn Beamte behaupten, dass Terroristen nun als friedliche Aktivisten auftreten. Ein Parteisekretär aus Xinjiang sagte:

"Die Vertreter der Unabhängigkeit Xinjiangs haben ihre Taktik seit den Ereignissen vom 11. September geändert. Sie konzentrieren sich nun darauf, China auf ideologischer Ebene anzugreifen. Statt sich - wie bisher häufig praktiziert - an gewalttätigen terroristischen Operationen zu beteiligen, werden nun Kunst und Literatur instrumentalisiert, um historische Fakten zu verzerren."

Human Rights Watch und Human Rights in China fordern die internationale Gemeinschaft auf, Druck auf China auszuüben, damit die gegen die Uiguren gerichteten politischen Maßnahmen und Praktiken beendet werden. Die Organisationen betonen wie wichtig es sei, den chinesischen Behauptungen, wonach alle Separatisten Kriminelle seien oder in Beziehung zu internationalen Terrornetzwerken stünden, zu widersprechen. "Kein Land sollte Uiguren wegen angeblicher Beteiligung an terroristischen, separatistischen oder sonstigen kriminellen Handlungen an China ausliefern", forderte Adams. "Angesichts der jüngsten Geschehnisse ist zu befürchten, dass diese Häftlinge in China gefoltert oder sogar hingerichtet werden."

Human Rights Watch